

Per E-Mail:
Innenausschuss@landtag.ltsh.de
Schleswig-Holsteinischer
Landtag
Innenausschuss
Frau Vorsitzende Barbara
Ostmeier
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Hauptgeschäftsstelle Hamburg

Ihr Ansprechpartner
Dr. Peter Schlaffke
schlaffke@nordmetall.de

Telefon: 040/ 6378-4244
Telefax: 040/ 6378-4248

Zeichen: PS

Hamburg, den 10.08.2017

**Stellungnahme NORDMETALL
zur Änderung des § 2 Absatz 1 Ziffer 8 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

**Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW – Drucksache 19/11
Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/37
Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 19/38**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum vorgelegten Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW – Drucksache 19/11-
sowie der Änderungsanträge der Fraktion der AfD –Drucksache 19/38- und
SPD –Drucksache 10/37- nehmen wir wie folgt Stellung:

**Ein zusätzlicher Feiertag schwächt den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, da
dieser zu Lasten der Produktivität im produzierenden Gewerbe geht.**

**Wir sehen derzeit kein öffentliches Bedürfnis, zwingend einen bestimmten zusätzli-
chen Feiertag in Schleswig-Holstein einzuführen. Dies zeigt die Fülle an unterschiedli-
chen Vorschlägen und das Fehlen einer überzeugenden Argumentation für einen be-
stimmten Feiertag. Da jeder zusätzliche Feiertag zunächst ein Kostenfaktor ist, lehnen
wir einen solchen zusätzlichen Feiertag für Schleswig-Holstein ab.**

Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Die Diskussion über zusätzliche Feiertage ist nicht neu. Der Wunsch auf Einführung zusätzlicher Feiertage wird mit den folgenden Argumenten begründet:

- es wird auf „eine Schlechterstellung der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein gegenüber anderen Arbeitnehmern in anderen Bundesländern“ hingewiesen (so die Abgeordneten des SSW);
- es soll das „Süd-Nord-Gefälle bei der Zahl der Feiertage“ reduziert werden (so die Fraktion der SPD);
- schließlich wird auf die Notwendigkeit eines „Ausgleiches“ im Vergleich zu anderen Bundesländern und mögliche positive Folgen beim Tourismus verwiesen (so die Fraktion der AfD).

1.

Der Verweis des SSW auf die „gewisse Schlechterstellung“ überzeugt nicht:

Eine Gleichstellung aller Arbeitnehmer in allen Bundesländern lässt sich nicht allein dadurch erreichen, dass die Anzahl der Feiertage auf das gleiche Niveau gehoben wird. Vielmehr müssen hier die insgesamt sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Lebensumstände in den Bundesländern berücksichtigt werden. Fängt man mit diesem Argument in einem Bereich an, stellt sich zwingend die Frage nach Folgemaßnahmen in anderen Bereichen, will die Politik glaubwürdig bleiben.

Die unterschiedliche industrielle Struktur in den Bundesländern lässt es nicht zu, einen Rückschluss auf Bundesländer zu ziehen, die sich wegen einer hohen Kaufkraft, basierend auf höheren Löhnen, eine Vielzahl von Feiertagen leisten können.

2.

Der Hinweis der SPD auf das Süd-Nord-Gefälle bei den Feiertagen, verbunden mit der Behauptung, mehr Feiertage seien „kein Hindernisfaktor für die Wirtschaftsleistung“ mag nur auf den ersten Blick überzeugen.

Jedoch ist dieses sogenannte Gefälle vor allem auf die Berücksichtigung besonderer kirchlicher Feiertage in den katholisch geprägten Bundesländern zurückzuführen. Auch wenn einige Bundesländer – wie z.B. Bayern - mit mehr Feiertagen „leben können“, so ist doch davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum in Bayern bei einer Reduzierung der Feiertage noch höher wäre. Es lässt sich folglich aus der Anzahl der Feiertage in anderen Bundesländern kein ernsthafter Rückschluss auf die Produktivitätsauswirkungen in Schleswig-Holstein ziehen. Vielmehr sollte die neue Landesregierung in Schleswig-Holstein zunächst wie angekündigt beginnen, den Wirtschaftsstandort im Norden zu stärken. Dies bringt Wohlstand und Arbeit nach Schleswig-Holstein, die allen Menschen mehr als ein zusätzlicher freier Arbeitstag zu Gute kommen wird.

3.

Soweit die AfD mit einem zusätzlichen Feiertag einen „Ausgleich schaffen“ will, der den Menschen neben den besinnlichen Aspekten auch mehr Gelegenheit zur Erholung verschafft, verweisen wir für die Metall- und Elektroindustrie auf die tarifvertragliche wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden bei hohen Flexibilitätsmöglichkeiten des Einzelnen sowie den übergesetzlichen tariflichen Jahresurlaub von insgesamt 30 Arbeitstagen. Diese Rahmenbedingungen bieten den Mitarbeitern in der Industrie ausreichend Möglichkeit zur Erholung. Einen zusätzlichen Feiertag halten wir mit dieser Argumentation nicht für vertretbar.

Auch der Wunschgedanke der AfD, zum Ausgleich hierfür zur Förderung des Tourismus beizutragen, ist nicht schlüssig. Es könnten lediglich Branchen positiv betroffen sein, die im weitesten Sinne in der Tourismusbranche tätig sind, dies gilt für die Industriebetriebe, die die Stärke des Landes Schleswig-Holstein begründen, gerade nicht.

Die Metall- und Elektroindustrie ist im „echten Norden“ ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Insgesamt 559 Betriebe mit 71.915 Mitarbeitern gehören zu dieser Branche. Bei NORDMETALL, dem Tarifträgerverband der Metall- und Elektroindustrie, sind in Schleswig-Holstein allein 79 Mitgliedsbetriebe mit 27.901 Mitarbeitern (Stand:04.2017) organisiert. Dazu gehören u.a. die Maschinen- und Schiffbauer sowie die Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik.

In diesen Branchen wird es keinerlei Zuwächse durch einen erhöhten Tourismus geben, vielmehr müssen die genannten Industrieunternehmen als wesentliche Stütze des Wohlstands in Schleswig-Holstein bei Einführung eines zusätzlichen Feiertages die Entgelte weiterzahlen, ohne dass eine entsprechende Wertschöpfung erbracht wird.

Wenn die AfD trotzdem einen erhöhten Tourismus als Argument heranziehen will, sollte dies durch ein belastbares Gutachten belegt werden können, wonach die Vorteile in der Tourismusbranche die Nachteile in den anderen Branchen aufwiegen. Wir bezweifeln das.

4.

Wir befürchten, dass in der Metallindustrie - wie auch in anderen Branchen - die Produktivität durch einen zusätzlichen Feiertag messbar verringert wird.

Insgesamt ist nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln pro freiem Tag mindestens 0,1 % der Jahreswirtschaftsleistung abzuziehen

Wir können nicht ausschließen, dass eine geringere Produktivität, die ggf. in den jeweiligen Branchen unterschiedlich ausfallen wird, bei den Arbeitnehmern zu einem geringeren Anstieg der Entgelte führen wird.

Ein zusätzlicher Feiertag ist daher u.E. weder im Sinne der Arbeitnehmer noch im Sinne der Wirtschaft, die an einer Stärkung, nicht aber Schwächung des Standorts interessiert sein müssen.

5.

Abgesehen von der zu befürchtenden negativen Produktivität spricht insbesondere folgender Gedanke gegen den von der SSW, der SPD und der AfD gewünschten zusätzlichen Feiertag:

Es ist bislang von keiner Seite ein Argument für einen bestimmten – wohlgerne nicht beliebigen - Feiertag vorgebracht worden, der die Diskussion um das pro und contra zum Schweigen gebracht hätte. Würde eine bestimmte Begebenheit tatsächlich dergestalt sein, dass hierfür nur *ein* Feiertag in Frage kommt, wäre der Anlass des Ereignisses mit den Kostenfolgen für die Wirtschaft abzuwägen.

Solange aber eine Diskussion über die Benennung des zusätzlichen Feiertages und darüber, in welcher Jahreszeit er am besten bei der Bevölkerung ankommt, geführt wird, liegt kein ernsthafter Bedarf an einem Feiertag, sondern lediglich ein Wunsch nach einem zusätzlich bezahlten freien Arbeitstag für die Arbeitnehmer vor, um die angebliche Ungleichbehandlung in den Bundesländern zu beheben. Dabei wissen die Beteiligten, dass dieser Absicht allein durch einen zusätzlichen Feiertag nicht erfolgsversprechend nachgekommen werden kann.

Wenn und soweit sich die Absicht lediglich auf einen zusätzlichen freien bezahlten Arbeitstag bewegt, der mit schönen Worten als ein Feiertag umschrieben wird, mag es den Tarifvertragsparteien überlassen bleiben, freie bezahlte Arbeitstage in den Flächentarifverträgen zu verankern, soweit beidseitig eine entsprechende Notwendigkeit gesehen wird.

Aus diesem Grund lehnen wir die Einführung eines zusätzlichen Feiertages in Schleswig-Holstein zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Schlaffke
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer